GEMEINDE WETTINGEN

wettingen
stern an der limmat

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 25. Juni 2026, 19.00 Uhr, Rathaussaal

---

Vorsitz:	Ursula Depentor, Einwohnerratspräsidentin	
Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrates:	43
	Mitglieder des Gemeinderates:	7
	Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber	
	Sandra Thut, Geschäftsleiterin	
Entschuldigt abwesend:	Jürg Baumann, SVP Severin Haas, FDP Yvonne Hiller, GLP Michaela Huser, SVP Robin Rast, SVP Ema Savic, WettiGrüen Thomas Benz, SVP	

Traktanden:

1 Postulat Fraktion SVP vom 22. Januar 2026 betreffend elektronische Unterschrift bei Referenden und Initiativen; Überweisung (2026-0076)

2 Postulat Aebi Marcel, Die Mitte, vom 5. März 2026 betreffend Modernisierung des Steuerwesens mittels dem Projekts Taxoptima vom Kanton Aargau; Überweisung (2026-0358)

3 Postulat Fraktion SVP vom 5. März 2026 betreffend Beschleunigung Aufschaltung der Protokolle und Vorstösse; Überweisung (2026-0380)

4 Postulat Junker Annette, SP, Müller Heinrich, SP, und Mitunterzeichnende vom 5. März 2026 betreffend Regenwasserbewirtschaftungskonzept für das ganze Areal der Schullandschaft Margeläcker; Überweisung (2026-0383)

5 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 15. Mai 2025 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben der Limmattalbahn für die Gemeinde Wettingen; Beantwortung (2025-0549)

6 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben einer Konzernansiedlung für die Gemeinde Wettingen; Beantwortung (2026-0077)

7 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Volksabstimmung bei einer Konzernansiedlung in Wettingen; Beantwortung (2026-0078)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Geschätzte Damen und Herren, ganz herzlich begrüsse ich Sie zur dritten Einwohnerratssitzung in diesem Jahr und zur 3. der laufenden Legislatur. Für unsere Sicherheit ist heute die Alpha Security zuständig, herzlichen Dank. Für das Protokoll ist Yasemin Yilmaz anwesend.

Entwurf

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) Postulat Fraktion Die Mitte vom 25. Juni 2026 betreffend ,,Firmenansiedelung im Tägerhardächer"

Antrag

Die Mitte Wettingen ersucht den Gemeinderat den auf die Firma Hitachi zugeschnittenen Richtplan für das Gebiet Tägerhardächer anzupassen, damit zukünftig Firmen in diesem Gebiet angesiedelt werden können, unabhängig eines spezifischen Konzerns.

Begründung

Leider hat sich Hitachi nicht für das Gebiet Tägerhardächer als nationalen Firmenstandort entschieden. Wettingen und alle umliegenden Gemeinden sowie dem Kanton Aargau entgeht dadurch eine grosse Chance in Bezug auf Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie auf eine hohe Wertschöpfung. Nun gilt es, in die Zukunft zu schauen.

Gemeinde und Kanton haben trotz des negativen Entscheids grossartige Arbeit geleistet. Innert kurzer Zeit ist es gelungen, eine Richtplananpassung aufzugleisen, welche die Ansiedlung einer Firma im Gebiet Tägerhardächer möglich gemacht hätte. Die Richtplananpassung erfolgte massgeschneidert auf die Firma Hitachi. Nach dem negativen Entscheid erlischt der erarbeitete Richtplan.

Wir beantragen eine Anpassung des Richtplans, damit die Ansiedelung anderer Firmen möglich wird. Es wäre überaus schade, wenn der Richtplan, der für alle Beteiligten mit grossem Aufwand verbunden war, nicht für zukünftige Ansiedelungen genutzt werden könnte. Den Elan, welcher in den vergangenen Monaten die Gemeinde und der Kanton entfaltet haben, soll genutzt werden.

Die Ansiedlung soll nur für Firmen möglich sein, welche folgende Bedingungen erfüllen:
- Die Wertschöpfung soll grösstenteils in Wettingen stattfinden.
- Die Firma soll in Wettingen steuerpflichtig sein.
- Die Firma soll eine minimale Grösse aufweisen. Es ist nicht das Ziel, ein Gewerbegebiet zu schaffen, welches KMUs zur Verfügung gestellt wird.
- Die Firma soll Arbeitsplätze auch im Bereich der Produktion anbieten.
- Logistikfirmen, welche ein hohes Verkehrsaufkommen erzeugen aber wenig Arbeitsplätze generieren, werden ausgeschlossen.

Die Landschaftsspange Sulperg-Rüsler soll zulassen, dass im Gebiet Tägerhardächer Ansiedelungen von Gewerbe zulässig sind. Wettingen darf nichts unversucht lassen, als Standort für Firmen und Gewerbe attraktiv zu werden.
Die Richtplananpassung ist das beste Mittel dazu. Damit hat Wettingen zukünftig einen Standortvorteil, wenn es darum geht, Firmen nach Wettingen zu bringen.

Entwurf

b) Postulat Widmer Fanni, Die Mitte, vom 25. Juni 2026 betreffend Verbesserung der Velowege in Wettingen

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, die im Rechenschaftsbericht 2025 (Seite 15, unten) erwähnte Schwachstellenanalyse betreffend Velowege dem Einwohnerrat zugänglich zu machen, die notwendigen Verbesserungen umgehend zu planen und zu realisieren.

Sofern noch keine umfassende Schwachstellenanalyse vorliegen sollte, wird der Gemeinderat eventualiter gebeten, eine Zusammenarbeit der Gemeinde Wettingen mit *bikeable* und/oder dem *Prix Velo Städte* zu prüfen und dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten.

Begründung

Aufgrund der Lage und Topografie bietet Wettingen ideale Voraussetzungen für das Velofahren. Sei es für den Arbeitsweg, Einkäufe, Freizeit, den Weg zum Bahnhof oder für den Schulweg.

Dafür braucht es aber seitens der Gemeinde möglichst sichere und lückenlose Velowege. Das Inkrafttreten des nationalen Velogesetzes am 1. Januar 2023 ist ein wichtiger Meilenstein für die Förderung des Velos in der gesamten Schweiz. Es verpflichtet die Kantone, bis 2042 durchgehende und sichere Velowegnetze zu planen und zu bauen.

Die Online-Umfrage der Pro Velo Schweiz zeigt, dass in unserem regionalen Velowegnetz nach wie vor grosser Handlungsbedarf besteht: Mit der Note 3,6 bildet Wettingen das Aargauer Schlusslicht. Im nationalen Vergleich der Kleinstädte ist Wettingen gar auf dem drittletzten Platz[1].

Gemäss Rechenschaftsbericht 2025, Seite 15 unten, liege bereits eine Schwachstellenanalyse für gefährliche Kreuzungen, Kreisel und Strassenquerungen vor. Nun gilt es zu handeln und die ermittelten Schwachstellen so bald als möglich zu beheben.

Als kostengünstige Verkehrsmassnahme kommt der Ausbau des Velonetzes schlussendlich auch den Autofahrenden und Pendelenden zu Gute.

Für den Fall, dass noch keine taugliche Schwachstellenanalyse vorliegen sollte, ist eine solche so bald als möglich zu erstellen. Sowohl mit *bikeable* (www.bikeable.ch) als auch mit dem *Prix Velo Städte* (www.prixvelo.ch) kann resp. könnte die Gemeinde Wettingen vorhandene Schwachstellen im kommunalen Velonetz einfach und kostengünstig ermitteln.

[1] Quelle: Aargauer Zeitung vom 21. Mai 2026, Auswertung auf der Online-Umfrage der Pro Velo Schweiz mit Fragen zur Infrastruktur, Sicherheit, Verkehrspolitik und Fördermassnahmen (Bewertung mittels Schulnoten von 1 bis 6).

c) Postulat Fraktion SVP vom 25. Juni 2026 betreffend Integration des Projektierungskredits in die Gesamtfinanzierung der geplanten "Schullandschaft Margeläcker"

Antrag

Am 14. Juni 2026 haben die Stimmberechtigen der Gemeinde Wettingen einen Projektierungskredit über Fr. 7'800'000.00 bewilligt, mit dem die Ausarbeitung des Bauprojekts für die geplante Schullandschaft Margeläcker realisiert werden soll.

Mit diesem sehr umfangreichen Projektierungskredit können die Planungen umfassend und detailliert vorangetrieben werden. Der Gemeinderat wird deshalb ersucht, die durch das Volk gesprochenen 7.8 Mio. Franken dergestalt in die Gesamtprojektsumme zu integrieren, dass das geplante Kostendach für das Projekt nicht CHF 120 Mio., sondern CHF 112 Mio. beträgt.

Begründung

Es ist ein in der Bau- und Planungswirtschaft häufig angewendetes Vorgehen, mit einem überaus hohen Projektierungskredit zusätzliche Gelder für ein geplantes Bauprojekt zu generieren.

Die SVP Wettingen hat in der Märzsitzung 2026 des Einwohnerrats aufgezeigt, dass die Planung für die Schullandschaft Margeläcker auch ohne den Projektierungskredit über 7.8 Mio. Franken ohne Zeitverlust hätte weitergeführt werden können; der Projektierungskredit wäre demnach für die Planung nicht notwendig gewesen.

Die SVP erwartet nun vom Gemeinderat, dass er die zusätzlichen Finanzen für die Planung derart einsetzt, dass das Gesamtkostendach für das Projekt um die Summe des Projektierungskredits reduziert werden kann - auf noch 112 Mio. Franken.

d) Postulat Nicodet Simona, Andres Marie-Christine und Bürgler Sophie, alle Die Mitte, vom 25. Juni 2026 betreffend Verbesserung und Sicherung der Fussgängerquerungen - Kreuzung Märzengasse/Landstrasse/Jurastrasse

Antrag

Die Kreuzung Märzengasse-Landstrasse-Jurastrasse gehört zu den am stärksten frequentierten Verkehrsknotenpunkten in Wettingen. Gleichzeitig befinden sich auf beiden Seiten der Kreuzung bedeutende Schulstandorte. Täglich nutzen zahlreiche Kinder und Jugendliche diese Route auf ihrem Schulweg. Die Gemeinde hat die Pflicht, Schulwege möglichst sicher zu gestatten.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert, die aktuelle Situation umfassend zu analysieren und konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Sicherheit vorzulegen.

Begründung

Die hohe Verkehrsbelastung und die komplexe Verkehrsführung führen regelmässig zu gefährlichen Momenten und Beinaheunfällen. Insbesondere Kinder sind im dichten Verkehrsgeschehen überfordert und können Risiken oft nicht rechtzeitig erkennen.

Zusätzlich verschärft wird die Situation durch die sehr schmalen Trottoirs und die wiederkehrende Nutzung von Gehwegbereichen durch ansässige Betriebe. Werden Trottoirs durch abgestellte Fahrzeuge oder wartende Elterntaxis eingeengt oder blockiert, sind Schülerinnen und Schüler gezwungen auf die Strasse auszuweichen.

e) Interpellation Müller Pia, Widmer Anouk, beide SP, und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2026 betreffend Umsetzung der Istanbul-Konvention und Bekämpfung von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt in Wettingen

Am 14. Juni 2026 gingen am feministischen Streik in der gesamten Schweiz erneut tausende Menschen auf die Strasse. Ein zentrales und unverändert dringliches Anliegen bleibt die Forderung nach einem Ende geschlechtsspezifischer Gewalt und dem Ausbau wirksamer Schutzstrukturen. Die Realität zeigt, dass das Thema nicht an Brisanz verloren hat: Jedes Jahr erschüttern uns zahlreiche Femizide in der Schweiz. Im Schnitt stirbt fast jede zweite Woche eine Frau an den Folgen häuslicher oder geschlechtsspezifischer Gewalt.

Globale Berichte wie die "Epstein Files", der schockierende Prozess um Gisèle Pelicot in Frankreich oder bewegende Fälle im nationalen Kontext rütteln die Öffentlichkeit auf und beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl weiblich gelesener Personen im Alltag nachhaltig.[2]

Doch diese Gewalt passiert nicht nur im Ausland oder in weit entfernten Grossstädten. Sie passiert mitten unter uns, auch hier in Wettingen. Der aktuelle Rechenschaftsbericht Wettingen 2025 zeigt im Kapitel 1.6.2 (Öffentliche Sicherheit) eine deutliche Sprache: Im Jahr 2025 mussten die Regionalpolizei (Repol) zusammen mit der Kantonspolizei (Kapo) in 81 Fällen bei häuslicher Gewalt in Wettingen eingreifen. Im Vorjahr 2024 waren es 64 Einsätze. Auch wenn die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr nur leicht gestiegen sind, bedeuten diese polizeilichen Interventionen wegen häuslicher Gewalt, dass der Handlungsbedarf auf allen staatlichen Ebenen massiv bleibt.[3]

Die Schweiz hat sich mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention (Übereinkommen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen und häuslicher Gewalt) rechtlich bindend dazu verpflichtet, umfassende Massnahmen in den Bereichen Prävention, Opferschutz und Strafverfolgung zu ergreifen. Auf kantonaler Ebene hat der Grosse Rat den Regierungsrat bereits 2018 strategisch beauftragt, die Umsetzung zu analysieren. In der Folge wurde ein kantonaler Massnahmenplan mit 13 konkreten Schritten verabschiedet, dessen vollständige Umsetzung bis Ende des laufenden Jahres 2026 angestrebt wird.[4]

Auch in Nachbargemeinden wie Baden (durch Einwohnerrätin Nicole Lazzari (SP) im März 2026) wird die Frage aufgeworfen, wie die kommunale Ebene ihrer Verantwortung gerecht werden kann.

Als Legislative einer der grössten Gemeinden der Schweiz müssen wir sicherstellen, dass die lokalen und regionalen Spielräume bestmöglich ausgenutzt werden, um betroffene Personen zu schützen und präventiv zu wirken.

---

[2] https://www.badenertagblatt.ch/aargau/baden/baden-fragen-zum-schutz-von-frauen-vor-haeuslicher-gewalt-ld.4134209
[3] Rechenschaftsbericht Gemeinde Wettingen 2025, behandelt in der Einwohnerratssitzung vom 28. Mai 2026
[4] https://www.ag.ch/media/kanton-aargau/dvi/dokumente/ges/organisation/haeusliche-gewalt/04-20220901-massnahmenplan-schutz-vor-gewalt-def.pdf

In diesem Zusammenhang bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die aktuelle Situation bezüglich häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt in Wettingen im Vergleich zu anderen Gemeinden ein?

2. Welche konkreten Angebote zur Beratung zum Opferschutz und zur Krisenintervention (z. B. Finanzierung/ Kooperation mit Frauenhäusern oder spezialisierten Opferberatungsstellen) existieren derzeit für die Wettinger Bevölkerung und wie intensiv werden diese genutzt?

3. Welche Einflüsse hat die Umsetzung des Massnahmenplans der Istanbul-Konvention auf die Polizeiarbeit, gibt es erkennbare Praxisänderungen?

4. Verfügt die Regionalpolizei über genügend qualitativ gut ausgebildetes Personal, um ihren Aufgaben in den Bereichen häusliche Gewalt und Prävention nachzukommen?

5. Seit dem 1. Mai 2026 ist die neue, dreistellige nationale Opferhilfenummer (Telefon 142) in Betrieb. Welche Massnahmen ergreift die Gemeinde Wettingen, um diese Nummer sowie bestehende Schutz- und Beratungsangebote in der Bevölkerung aktiv bekannt zu machen?

6. Welche Präventionsprojekte oder Sensibilisierungsmassnahmen werden aktuell an den Wettinger Schulen im Bereich der Kinder- und Jugendbildung durchgeführt, um Rollenbilder, Gewaltprävention und respektvolles Miteinander frühzeitig zu thematisieren?

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Sitzung vom 28. Mai 2026 sind in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

0.4 Dringliche Motion Ernst Manuela, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 15. Juni 2026 betreffend Aufarbeitung Verfahrensfehler zur Spezialzone Berg

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Wir kommen zuerst zur dringlichen Motion von Manuela Ernst, GLP, und von Martin Fricker, SVP. Ich übergebe das Wort den Motionären.

Ernst Manuela: Wieso ist diese Motion dringlich? Nicht, weil wir euch heute noch ein bisschen länger im "Backofen" halten wollen, sondern weil wir wirklich denken, dass es in der Sache und zeitlich dringlich ist. Ich rede nur zur Dringlichkeit, wenn es nachher noch eine Debatte gibt zur Motion, würde das Martin Fricker übernehmen. Der Gemeinderat ist gerade im Budgetprozess und wenn er einen Betrag für die Aufarbeitung ins Budget einsetzen soll, dann ist jetzt der Zeitpunkt dafür.

Entwurf

Per 2027 wird es im Departement BVU einen Regierungsratswechsel geben und bei so einem Regierungswechsel gibt es dann auch gerne noch eine Personalrochade dazu. Da aber das Projekt unter der Ära Attiger begleitet und insbesondere auch von der Abteilung Raumplanung genehmigt wurde, sind allfällige Fragen bei der Aufarbeitung unbedingt zeitnah an den zuständigen Regierungsrat beziehungsweise seiner Abteilung zu stellen. Die kantonale Abteilung für Raumplanung hat mit ihrem positiven Vorentscheid massgeblich zum Verlauf des Vorhabens beigetragen. Hätte sie negativ entschieden, wäre der Planungsprozess vielleicht viel früher gestoppt worden. Der Entscheid des Kantons hat sich im Nachhinein als fehlerhaft ausgewiesen.

Wir alle kennen das Urteil. Der grosse Aufwand wie auch die Kosten sind aber auf Gemeindeebene angefallen. Sollte die Gemeinde allenfalls gar einen Anspruch auf eine Entschädigung oder eine Kostenbeteiligung seitens Kanton aufgrund des fehlerhaften Vorentscheids haben, ist das zeitnah zu prüfen und anzugehen. Zur sachlichen Dringlichkeit: Je mehr Zeit vergeht, desto mehr vergessen wir und da meine ich nicht das Urteil selbst, sondern das Erinnerungsvermögen der Menschen, die am Prozess beteiligt waren, die daran arbeiteten. Das ist völlig normal und menschlich. Aber genau darum ist eine zeitnahe Aufarbeitung sinnvoll. Wir sind der Meinung, dass der ganze Prozess von Erarbeitung bis Urteil eine sachliche Aufarbeitung braucht und dass man die besser jetzt angeht als später. Wir danken euch, wenn ihr die Dringlichkeit unterstützt.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Wird die Dringlichkeit bestritten?

Grundisch Julien: Die Fraktion SP-WettiGrüen ist sich sehr uneinig, was den Inhalt der Motion anbelangt, aber im Zusammenhang mit der Dringlichkeit sind wir der Ansicht, dass die eigentlich nicht besteht, weil sie sich ja auf zukünftige Abläufe bezieht und jetzt im aktuellen Moment kein Verfahren am Laufen ist, wo man zwingend die bisherigen Abläufe überprüfen müsste. Darum sind wir tendenziell der Meinung, dass Dringlichkeit nicht gegeben ist. Wir haben aber Stimmfreigabe ausgesprochen.

Zoller Markus: Es geht uns in unserer Fraktion ein bisschen ähnlich wie der Fraktion SP/WettiGrüen. Ich möchte trotzdem ein paar Ausführungen machen und ich möchte jetzt auch betonen, dass ich das aus meiner persönlichen Sicht mache und nicht als Fraktionspräsident. Vielleicht vorweg, die Aufarbeitung sehen wir als völlig legitim an. Das ist richtig, so wie es Manuela gesagt hat. Es ist wichtig, dass man die Abläufe aufrollt. Die Dringlichkeit ist meines Erachtens jedoch nicht gegeben.

Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass die Planungskommission die Spezialzone über viele Jahre begleitet hat, und wir waren im intensiven Austausch mit dem Kanton. Es war so weit alles rechtmässig. Das Verwaltungsgericht hat jetzt allerdings anders entschieden, weil sie auch einen komplett anderen Ansatz hatte. Das Verwaltungsgericht argumentiert jetzt auch damit, dass sie sagt, das Ganze entspreche nicht einer Umzonung von Landwirtschaft zu Bauland. Die Abteilung Raumplanung hat immer gesagt, es bleibt Landwirtschaftsland mit der Möglichkeit zum Aufstellen von Bauten, die nicht der Landwirtschaft dienen, aber einen landwirtschaftsähnlichen Charakter haben.

Wir sehen, das ist ein komplett anderer Ansatz und darum ist natürlich auch das Urteil entsprechend relativ harsch ausgefallen. Ich möchte einfach auch daran erinnern und auch ein bisschen aus eigener Erfahrung erzählen, dass es nicht üblich ist, dass so Urteile von der Raumplanung vom Verwaltungsgericht gekippt werden. Es ist nicht so, dass jetzt jeder zweite Fall gekippt würde. Aber es ist auch nicht etwas, das ein absolutes Novum wäre.

Ich glaube, ich habe es vorhin gesagt, es ist vor allem dem total unterschiedlichen Ansatz geschuldet, wieso das dermassen deutlich zurückgewiesen wurde. Ich glaube, das Urteil werden wir kennen, das Urteil wird so sein – Manuel hat es auch schon ein bisschen ausgeführt - dass dies vor allem ein Denkzettel für die Abteilung Raumplanung sein soll.

Ein wichtiger Punkt ist sicher auch, dass alle vorgehenden Instanzen das öffentliche Interesse eines Therapiebetriebs entsprechend hoch gewichtet haben, was das Verwaltungsgericht total negiert. Was mich im Vorfeld gestört hat – auch in der Zeitung konnte man es lesen –, dass Seilschaften am Werk waren. "Säuhäfeli, Säudeckel", konnte man lesen, das finde ich relativ starker Tabak, wenn man keinen Beweis vorlegen kann. Das finde ich schwierig.

Ich möchte noch einmal festhalten: Alle Parteien waren in der Planungskommission vertreten und haben das Geschäft über Jahre begleitet. Von keiner Partei ist irgendwie eine Opposition gekommen und auch das wäre ein Moment gewesen, wo man vielleicht hätte korrigierend eingreifen können, auch wenn es jetzt nicht als dringlich erklärt wird, sind wir, ich und die ganze Mitte-Fraktion, der Meinung, wir müssen das aufarbeiten, das ist der richtige Ansatz. Wir erwarten, wenn es nicht dringlich erklärt wird, eine zeitnahe Aufarbeitung und nicht eine Verschleppung bis zum Nimmerleinstag.

Gähler Judith: Zur ersten Frage der Dringlichkeit, wir von der Fraktion FDP befürworten zum Teil das Eintreten auf die Dringlichkeit. Nach dem deutlichen Urteil des Verwaltungsgerichts muss das Eisen dann geschmiedet werden, wenn es noch heiss ist. Ihr kennt es alle aus der agilen Welt: Projektreviews werden sofort gemacht, um zu lernen und nicht erst ein halbes oder ein Jahr später. Mit dieser Dringlichkeit stellen wir sicher, dass man zeitnah Lösungen sucht oder bessere Erklärungen findet. Der andere Teil der FDP-Fraktion sieht die Dringlichkeit kritischer. Sie findet eine Aufarbeitung wichtig, erfordert aber Sorgfalt und Zeit, wenn man das sauber angehen will. Darum haben wir Stimmfreigabe. Weil Markus Zoller etwas sagen durfte, sage ich jetzt auch ganz schnell noch etwas zum zweiten Teil.

Die Fraktion FDP findet mehrheitlich oder einstimmig, dass eine Aufarbeitung inhaltlich berechtigt und politisch auch notwendig ist. Das Verfahren rund um die Spezialzone Berg war von Anfang an ein bisschen diffus. Ich habe ein bisschen aus den landwirtschaftlichen Hintergründen geforscht, denn das sind meine Wurzeln. So ist beispielhaft die Frage nach der SAK-Grösse (Standardarbeitskraft) des Sozzihofs der Gemeinde Wettingen, vom Kanton und von der Familie Sozzi selbst unbeantwortet geblieben und dabei ist die SAK-Grösse ein Messparameter, den man braucht. Was für Nebenangebote man auf einem Bauernhof überhaupt haben darf. Die Antworten zur Wohnflächenerweiterung in der Landwirtschaftszone oder zur Zonenkonformität sind zum Naturhorizont...

Auf Wunsch der Einwohnerratspräsidentin wurde das Mikrophon ausgeschaltet.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Es geht im Moment nur um das Thema der Dringlichkeit. Bei Markus Zoller gings wirklich nur um die dringliche Motion.

Rechsteiner Lukas: Ich rede nur zur Dringlichkeit. Die EVP ist gegen die Dringlichkeit. Wir finden, wir müssen nicht einen Schnellschuss machen. Die Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn wir sofort handeln müssen. Wir finden, man soll die Motion normal behandeln, dass wir uns auch gut vorbereiten können und das sauber diskutieren können.

Ernst Manuela: Einfach zuhanden des Protokolls: Die GLP war damals nicht in der Planungskommission, wir hatten keinen Sitz, wir waren nicht vertreten.

Entwurf

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Dann kommen wir zur Abstimmung zur Dringlichkeit.

Abstimmung

Die Dringlichkeit erreicht das Zweidrittelsmehr nicht. Die Motion wird nicht für dringlich erklärt und wird an einer späteren Sitzung behandelt.

1 Postulat Fraktion SVP vom 22. Januar 2026 betreffend elektronische Unterschrift bei Referenden und Initiativen; Überweisung (2026-0076)

Angst Christian: Mit dem Postulat möchten wir die Möglichkeit für elektronische Unterschriften bei Referenden und Initiativen prüfen. Die politische Beteiligung verändert sich, viele Menschen erledigen heutzutage Bankgeschäfte, Steuererklärungen, Behördengänge etc. bereits digital, gleichzeitig sammeln wir Unterschriften noch immer ausschliesslich auf Papier. Es ist deshalb legitim zu prüfen, ob moderne technische Möglichkeiten auch im Bereich der direkten Demokratie sinnvoll eingesetzt werden können. Gerade in Wettingen haben wir es einmal erlebt, wie schwierig das Sammeln von Unterschriften unter gewissen Umständen sein kann. Wenn eine Sammelfrist zum Beispiel in die Weihnachtszeit fällt, wird die Mobilisierung deutlich erschwert.

Das darf kein Grund sein, demokratische Hürden abzubauen. Aber es ist ein Grund, über zeitgemässe Lösungen zu diskutieren und nachzudenken. Wichtig ist, das Postulat betrifft nicht das elektronische Abstimmen oder Wählen. Dort stellt sich die Frage des Stimmgeheimnisses und der Sicherheit.

Bei einer Unterschrift für Referenden und Initiative ist die Situation anders. Weil jede Unterschrift sowieso in der Gemeinde überprüft werden muss. Eine Prüfung könnte aufzeigen, ob bestehende Lösungen wie zum Beispiel AGOV oder andere sichere Identifikationsverfahren genutzt werden können. Gleichzeitig soll die traditionelle Unterschrift auf Papier selbstverständlich weiterhin möglich sein, niemand soll ausgeschlossen werden. Eine elektronische Unterschrift würde ein junges Publikum politisch ansprechen. Besten Dank für Ihre Unterstützung.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Wird das Eintreten bestritten? Wenn nicht, dann kommen wir zur Abstimmung.

Grundisch Julien: Ich habe einfach eine Verfahrensfrage. Wenn die Überweisung nicht bestritten wird, muss man dann überhaupt darüber abstimmen?

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Danke für den Input. Das ist tatsächlich nötig. In diesem Fall wird das Postulat überwiesen.

Das Postulat Fraktion SVP vom 22. Januar 2026 betreffend elektronische Unterschrift bei Referenden und Initiativen wird überwiesen.

ENTWURF

2 Postulat Aebi Marcel, die Mitte, vom 5. März 2026 betreffend Modernisierung des Steuerwesens mittels dem Projekts Taxoptima vom Kanton Aargau; Überweisung (2026-0358)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Gemeinderat empfiehlt die Entgegennahme. Das Wort geht eigentlich an den Postulanten, der nichts sagen möchte. Das Eintreten wird nicht bestritten. Somit gilt das Geschäft als überwiesen.

Das Postulat Aebi Marcel, die Mitte, vom 5. März 2026 betreffend Modernisierung des Steuerwesens mittels dem Projekts Taxoptima vom Kanton Aargau wird überwiesen.

3 Postulat Fraktion SVP vom 5. März 2026 betreffend Beschleunigung Aufschaltung der Protokolle und Vorstösse; Überweisung (2026-0380)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Gemeinderat empfiehlt eine Entgegennahme. Der Postulatsvertreter hat das Wort.

Bürlimann Martin: In der Vergangenheit ist es manchmal ein bisschen lange gegangen, bis die Protokolle der Ratssitzung fertiggestellt waren, ebenfalls ging es manchmal ein bisschen lange, bis die eingereichten Vorstösse auf der Internetseite wettingen.ch aufgeschaltet waren. Die Protokolle sind ein wichtiges Arbeitsinstrument, man benötigt sie häufig bei der Vorbereitung auf die kommenden Sitzungen. Ebenso sind die eingereichten Vorstösse von hohem Interesse bei der Bevölkerung. Mit dem Postulat bitten wir Verwaltung und Gemeinderat dafür zu schauen, dass die Protokolle in der Regel innert 30 Tagen und die eingereichten Vorstösse jeweils innert 10 Tagen aufgeschaltet sind. Die Tätigkeit des Einwohnerrats hat eine hohe Priorität, es gibt dann halt andere Sachen, die ein bisschen länger warten müssen.

Wir möchten das Postulat noch mit einer Empfehlung ergänzen. Machen Sie eine Tagliste. Auf der Tagliste sind alle hängigen Vorstösse aufgeteilt nach Ressort und Datum. Man sieht dann, was noch nicht behandelt wurde und zu welchen Themen wie viele Vorstösse pendent sind. Besten Dank für die Entgegennahme und Überweisung unseres Postulats.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Das Eintreten wird nicht bestritten, dann gilt das Postulat als überwiesen.

Das Postulat Fraktion SVP vom 5. März 2026 betreffend Beschleunigung Aufschaltung der Protokolle und Vorstösse wird überwiesen.

Entwurf

4 Postulat Junker Annette, SP, Müller Heinrich, SP, und Mitunterzeichnende vom 5. März 2026 betreffend Regenwasserbewirtschaftungskonzept für das ganze Areal der Schullandschaft Margeläcker; Überweisung (2026-0383)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Gemeinderat empfiehlt die Entgegennahme. Die Postulanten haben das Wort.

Junker Annette: Vielen Dank für die Entgegennahme unseres Postulats. Angesichts der aktuellen Hitzewelle und der extremen Trockenheit auf Stufe 4 ist es entscheidend, dass wir Regenwasser als Ressource nutzen. Es geht um kostengünstige wirksame Massnahmen und obwohl die SIA-Normen dies vorsehen, ist es nicht unbedingt so, dass die Massnahmen flächendeckend auch durchgeführt werden, und darum bin ich froh, dass sie das entgegennehmen und die Lösungen von Anfang an eingedacht wird.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Wird die Überweisung bestritten?

Bader Markus: Wir von der SVP sind gegen die Überweisung. Es ist knapp zwei Wochen her, dass wir über die Baukredite abgestimmt haben.

Detailfakten müssen zuerst erarbeitet werden. Oder anders gesagt, wir greifen dem Planer vor. Die Argumente sind in der SIA-Norm und in weiteren Vorschriften definiert. Der Rückhalt von Meteowasser für die Nutzung von Grünflächen kann im Rahmen der ordentlichen Planung umgesetzt werden.

Die Nutzung von Regenwasser zur Reduktion des schulhausinternen Trinkwasserverbrauchs (z. B. Toilettenspülung) führt zu einer komplexen Planung und verdoppelt die Ausführung von Wasserleitungssystemen im Schulhaus. Das Projekt wird umfangreicher und es wird mit viel mehr Kosten gerechnet. Die WCs müssen zwei Anschlüsse haben. Wenn nämlich kein Restwasser oder Regenwasser vorhanden ist, dann müssen wir ja trotzdem unsere WCs spülen. Es braucht dann nachher trotzdem wieder Trinkwasser. Das führt zu Mehraufwand und auch die Folgekosten, sowas zu betreiben, sind unbekannt.

Bei starkem Regen wird die Zisterne voll sein und wenn sie voll ist, geht sie dann einfach auch in die Kanalisation, das ist eigentlich das, was wir nicht wollten. Pädagogische Lernnoten betreffend Wassermanagement, nachhaltigem Ressourcenmanagement etc. können ohne teure Zusatzplanung sinnvoll eingeplant werden. Versickerungen in Wettingen sind sinnvoll wegen der guten Versickerungsbedingungen, die wir haben. Versickertes Meteowasser ist nicht verloren, es kommt ins Grundwasser und am Schluss eigentlich auch wieder uns zugute. Wir von der SVP lehnen die Entgegennahme ab.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Die Diskussion ist eröffnet.

Baumgartner Basil: Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat zu unterstützen und den Antrag der SVP auf Nichtüberweisung abzulehnen. Mir ist es ein Anliegen, dass man in die Zukunft denkt und auch mutig plant. Starkregenereignisse, die die Kanalisation und die Kläranlage unnötig belasten, treten immer wieder auf. Ich will, dass sich die Gemeinde Wettingen bei einem solchen Infrastrukturprojekt, wie es bei der Schullandschaft vorliegend ist, frühzeitig bewusst ist, was sie unternehmen kann, um eine unnötige Belastung der Kanalisation zu verhindern. Das soll von Anfang an mitgedacht werden, sodass eben später keine teuren Korrekturen notwendig werden. Ein Regenwasserbewirtschaftungskonzept ist hier ein erster Schritt.

Entwurf

Multifunktionale Retentionsbecken sind vielleicht ein mögliches Szenario. Erprobt und bekannt aus Kommunen weltweit. Zukunftsmusik, die etwas hergibt. Ein anderes Szenario: Man schläft, unternimmt nur wenig, weil nicht mehr gefordert ist, reisst die Strassen auf, baut neue Kanalisationen, weil die Kapazität nicht mehr ausreichend ist und verlocht so Millionen, die man mit mutiger Planung gespart hätte. Eigentlich Vergangenheitsmusik. Ich bitte Sie, weitsichtig zu denken und sich bewusst zu sein, dass Wasser in Retentionsmulden vor Ort besser versickert, als wenn es in Kläranlagen oder in die Limmat geleitet wird, denn nur dann kommt es unserem Grundwasser zugute. Und genau das will unser Postulat, jetzt schon im Punkt Regenwasserbewirtschaftung vorauszudenken und schlussendlich etwas Besseres und Nützlicheres zu haben, als wenn man einfach nur das umsetzt, was man muss und was man halt schon seit gefühlt 20 Jahren so macht. Ich will vorankommen.

Ernst Manuela: Ich will nicht entgegnen. Wir unterstützen das Postulat als Prüfungsauftrag. Die Punkte 2 bis 4 sind eigentlich sowieso schon *State of the Art* und sogar zum Teil gesetzlich vorgegeben, und um die kommen mir gar nicht herum. Punkt 5 sind wir überzeugt, dass sich die Forderungen gut bei den Punkten 2 bis 4 unterbringen lassen. Beim Punkt 1 bitten wir aber doch auch um Augenmass. Bei der Bewässerung mit Regenwasser bzw. der Regenwassernutzung, um das Gebäude, steht nichts entgegen. Im Gebäude drin sind wir hingegen auch kritisch, weil es baulich sehr aufwendig und teuer ist.

Rechsteiner Lukas: Der Umgang mit Wasser wird in Zukunft immer wichtiger. Wir merken – gerade jetzt – wie es sich lohnt, sensibel mit Wasser umzugehen. Die EVP unterstützt die Überweisung dieses Postulats. Es geht nicht darum, möglichst viele Mehrkosten zu schaffen, sondern es geht darum, dass wir sicher sind, dass auch wirklich alles geprüft wird. Etwas, das teuer ist, müssen wir ja nachher nicht umsetzen, aber es gibt sicher Massnahmen, die man auch kostengünstig realisieren kann. Wichtig ist, dass wir an alles denken.

Fricker Martin: Wir haben es gehört, es gibt SIA-Normen, die man sowieso umsetzen muss, Manuela hat es erzählt, also da wird schon mitgedacht und mutige Planung ist gut und recht. Ich weiss, es gibt gewisse Leute, die finden, die SVP sei sowieso ein bisschen dumm und wir seien aus dem 19. Jahrhundert und haben keine Ahnung. Wir haben heute im Badener Tagblatt wieder lesen können, in einem netten Interview mit Margrit Wahrstätter, wie schlecht es uns geht mit den Finanzen. Und was machen wir? Wir schmeissen gerade wieder Geld aus dem Fenster, für etwas, was es nicht braucht. Lassen Sie doch die Planer planen, so wie sie es sowieso vorgesehen haben. SIA-Normen können wir umsetzen, das mit der Pädagogik ist auch problemlos umsetzbar. Das mache ich an meiner Schule auch mit Ruderalflächen etc. Es braucht keine teure zusätzliche Planung. Zeigen wir Augenmass und Weitsicht und Intelligenz, indem wir *Nein* sagen.

Zoller Markus: Ich komme jetzt noch mit zwei, drei Argumenten aus Der Mitte – tatsächlich aus der Mitte. Es gibt nämlich noch solche Kompromisslösungen mit dem Regenwasser. Man muss es nicht unbedingt in die WC-Spülung zurückführen, man kann es zum Beispiel in einem Tank sammeln und dann für die Umgebungsbewässerung brauchen. Nur schon das ist ein grosser Gewinn. Mit der ganzen Retention, wie von Basil zu hören war, bekommt man schon das Gefühl, dass man im Sinn hätte, um das Schulhaus den ganzen Belag versickerungsunfähig zu machen, sprich zu asphaltieren. Das wird selbstverständlich nicht der Fall sein. Man hat die Auflagen, so wie Martin gesagt hat. Auch dort ist es wichtig, die Normen umzusetzen, das ist ganz klar.

Entwurf

Aber wie gesagt, die Prüfung eines zweiten Wasserkreislaufs im Innern des Gebäudes ist durchaus ein Gedanke wert. Das ist auch nicht etwas, was drei Tage Arbeit gibt, das kann eine Haustechnikplanerin oder ein Planer relativ schnell abschätzen und das wird dann auch in der Begleitkommission oder im Lenkungsausschuss dieses Schulhauses relativ schnell gecancelt, wenn man dann sieht, wie die Kosten aus dem Ruder laufen.

Knaup Adrian: Nur ganz kurz, ich wiederhole ein Votum, welches ich bereits vor ein paar Monaten gehalten habe, und ich werde es jedes Mal wiederholen. Martin Fricker: Ich wehre mich, dass hier im Saal irgendjemand als dumm bezeichnet wird und sei es von der eigenen Fraktion.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst grossmehrheitlich folgenden Beschluss:

Das Postulat Junker Annette, SP, Müller Heinrich, SP, und Mitunterzeichnende vom 5. März 2026 betreffend Regenwasserbewirtschaftungskonzept für das ganze Areal der Schullandschaft Margeläcker wird überwiesen.

5 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 15. Mai 2025 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben der Limmattalbahn für die Gemeinde Wettingen; Beantwortung (2025-0549)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Interpellant wünscht das Wort nicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

Von der Beantwortung der Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 15. Mai 2025 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben der Limmattalbahn für die Gemeinde Wettingen wird Kenntnis genommen.

6 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben einer Konzernansiedlung für die Gemeinde Wettingen; Beantwortung (2026-0077)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Interpellant wünscht das Wort nicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

Von der Beantwortung der Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Folgekosten und gebundene Ausgaben einer Konzernansiedlung für die Gemeinde Wettingen wird Kenntnis genommen.

Entwurf

7 Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Volksabstimmung bei einer Konzernansiedlung in Wettingen; Beantwortung (2026-0078)

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Der Interpellant wünscht das Wort nicht. Somit ist das Geschäft erledigt.

Von der Beantwortung der Interpellation Bürlimann Martin, SVP, vom 22. Januar 2026 betreffend Volksabstimmung bei einer Konzernansiedlung in Wettingen wird Kenntnis genommen.

Depentor Ursula, Einwohnerratspräsidentin: Die nächste Sitzung findet statt am 3. September 2026 statt. Allen einen schönen Sommer. Ich danke euch allen ganz herzlich für eure Mitarbeit an der heutigen Sitzung, trotz diesen hohen Temperaturen. Jetzt ist der offizielle Teil der heutigen Einwohnerratssitzung geschlossen. Nun gehen wird über in die Jubiläumsfeier zu 60 Jahre Einwohnerrat Wettingen.

Schluss der Sitzung: 19.40 Uhr

Wettingen, 25. Juni 2026

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrats

Einwohnerratspräsidentin

Ursula Depentor

Gemeindeschreiber

Urs Blickenstorfer

Entwurf